

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 37 – Equal Pay Day:  
Entgeltgleichheit durchsetzen

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Marret Bohn:**

## Lippenbekenntnisse bringen uns nicht weiter

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 155.10 / 18.03.2010**

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dieser Grundsatz ist uns allen bekannt. Und so manch einer geht davon aus, dass dieser Grundsatz auch umgesetzt wird. Ist das wirklich so? Frauen müssen über das Jahresende 2009 hinaus bis zum 26. März dieses Jahres arbeiten, bis sie auf das durchschnittliche Gehalt der Männer gekommen sind. Drei Monate Urlaub für die Männer auf Kosten der Frauen? Das ist nicht in Ordnung und das muss sich ändern! Am Einkommensunterschied von 23 Prozent zwischen Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahren nichts geändert.

Hier ein Beispiel aus dem echten Leben: Bettina B. – ihren vollen Nachnamen nenne ich nicht, weil das Verfahren mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber erst diesen Freitag vor dem Arbeitsgericht entschieden wird – ist 22 Jahre alt, hochqualifiziert und engagiert. Nach dem erfolgreichen Abschluss zur Wirtschaftsinformatikerin wurde sie von ihrer Firma übernommen. Zusammen mit einem Kollegen. Auch der hatte einen guten Abschluss, wenn auch nicht ganz so gut wie sie. Nach zwei Jahren in der Firma kam es durch die Wirtschaftskrise zu Kurzarbeit. Bettina B. bewarb sich erfolgreich bei einer anderen Firma. Beim Wechsel stellte sie fest, dass ihr Kollege – wohl gemerkt der Kollege, dessen Abschluss nicht so gut war wie ihrer, 10.000 Euro Brutto pro Jahr mehr verdient hatte als sie. Er hatte nicht nur einen kleineren Aufgabenbereich als Bettina B., dieser Bereich war auch weniger erfolgreich als ihrer. In der neuen Firma hat Bettina B. neu verhandelt und wird besser verdienen. Geblieben ist das Gefühl, hart gearbeitet zu haben und ungerecht behandelt worden zu sein.

Jetzt werden einige von Ihnen sagen, dass das wohl ein bedauerlicher Einzelfall ist. Der Einzelfall geht aber noch weiter – und jetzt wird es interessant für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Was meinen Sie, wie viele Bewerbungen von Frauen hat

diese Firma wohl im nächsten Jahr in den Zeiten von studivz und facebook? Keine einzige, wenn Sie mich fragen! Nach der Wirtschaftskrise wird der Fachkräftemangel wieder deutlich werden. Viele Firmen haben das schon längst begriffen und legen großen Wert auf transparente Vergütungsstrukturen und eine konsequente Gleichbehandlung von Frauen. Wir Grüne begrüßen das ausdrücklich.

Um insgesamt zu mehr Lohngerechtigkeit zu kommen, hier unser Konzept:

1. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit einem positiven Anreiz für die Entgeltgleichheit.
2. Ein echtes Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Dann müssten Arbeitnehmerinnen gegen kollektive Lohndiskriminierungen nicht mehr individuell klagen.
3. Eine Kampagne, die in den Unternehmen für gleiche Entlohnung wirbt und über die Konsequenzen informiert.
4. Mehr Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen. Das Arbeitsklima, die Arbeitseffektivität und die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen steigen, wenn Frauen an der Unternehmensführung beteiligt sind.

Und dieser Punkt ist bei der Diskussion um Entgelte auch wichtig:

5. Wenn wir den durchschnittlichen Bruttoarbeitslohn betrachten, müssen wir auch darüber reden, dass viele Berufe, die von Frauen überdurchschnittlich häufig ausgeübt werden, unterdurchschnittlich bezahlt werden. Ich teile daher die Einschätzung unserer Bildungsministerin Schavan: Wir müssen es schaffen, mehr Schülerinnen für die MINT-Fächer zu begeistern. In den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wird besser bezahlt, und es wird Zeit, dass Frauen auch hier selbstbewusst ihre Zukunftschancen suchen. Gleichzeitig müssen die Berufe, in denen Frauen überdurchschnittlich häufig arbeiten, wie z.B. in der Pflege oder in den Kindertagesstätten besser bezahlt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Lippenbekenntnisse, wie wichtig uns allen eine gleiche Bezahlung ist, bringen uns nicht weiter. Der Antrag der Regierungsfractionen greift zu kurz, zu appellieren und freiwillige Tests zu fordern, wird uns in 100 Jahren nicht ans Ziel bringen. Den Antrag der Linken werden wir Grüne unterstützen.

\*\*\*